

**Philip Raillon  
Jakob Thies**

**SÜDWESTRUNDFUNK  
STUDIO KARLSRUHE  
ARD-Rechtsredaktion Hörfunk**

**Radioreport Recht  
Aus der Residenz des Rechts  
Dienstag, den 10. Dezember 2024**

---

<https://www.swr.de/swr1/sendung-sw1-radioreport-recht-100.html>

Mit Philip Raillon

**Zur Sicherheit mit Schutzweste: Der Arbeitsalltag von  
Gerichtsvollziehern**

**Philip Raillon:** Heute zum Thema: Immer mehr Übergriffe auf Justizmitarbeiter?

**Thomas Hannß:** Man steht vor der Wohnungstür und muss mit einer Eskalation rechnen.

**Philip Raillon:** Sagt Thomas Hannß. Ich habe den Gerichtsvollzieher bei einem Einsatz begleitet. Ich wollte einen Eindruck von seiner Arbeit bekommen, von den Risiken, denen ein Gerichtsvollzieher ausgesetzt ist. Getroffen habe ich mich mit Thomas Hannß in Denkendorf bei Stuttgart an einer Hauptstraße unweit seines Einsatzortes, einem kleinen Mietshaus mit zwei oder drei Wohnungen. Die Außenfarbe gelb, etwas in die Jahre gekommen. Wir stehen also etwa 100 Meter entfernt und Hannß macht sich für seinen Einsatz bereit. Er zieht seine weinrote Jacke aus und streift schnell eine dunkelblaue Sicherheitsweste über. Sie ist schuss- und stichfest und eine Art Lebensversicherung für ihn. Schnell zieht er wieder seine Jacke über. Die Weste ist jetzt kaum noch zu sehen.

**Thomas Hannß:** Ich habe sie unter meiner Jacke. Sie ist nicht sichtbar, sie wird nicht eskalieren. Es ist für mich eigentlich ein sicheres Gefühl.

**Philip Raillon:** In dem gelben Haus, auf das wir schauen, wohnt eine Frau, die an diesem Tag aus ihrer Wohnung muss. Sie hat schon seit Januar keine Miete mehr bezahlt. Der Vermieter - er ist an diesem bewölkten Vormittag auch dabei - hat gekündigt und einen Räumungstitel erwirkt. Der wird heute umgesetzt. Dafür ist Gerichtsvollzieher Hannß zuständig.

**Thomas Hannß:** Wir werden jetzt zu dem Haus gehen und werden ins Haus hineingehen und werden schauen, ob die Mieterin da ist. Wir werden sie ansprechen, dann werden wir sie mit unserem Auftrag bekanntmachen. Und dann schauen wir mal, wie das so weiterläuft.

**Philip Raillon:** Vorab hat Hannß sich informiert. In dem Haus gab es schon öfter Probleme, sodass die Ordnungsbehörden anrücken mussten. Ein Alarmsignal. Deshalb die Schutzweste. Und deshalb ist auch die Polizei dabei. Zwei Beamte der örtlichen Dienststelle sind gekommen. Ein Routineeinsatz, der aber doch schnell aus dem Ruder laufen kann.

Gerade Wohnungsräumungen können sehr emotional sein, teils auch eskalieren. In der Vergangenheit wurden Gerichtsvollzieher schon häufiger bedroht, auch attackiert. Etwa vergangenes Jahr im Rems-Murr-Kreis. Damals wurde der Gerichtsvollzieher auf einem Bauernhof mit einer Motorsäge empfangen. Die Polizei rückte mit einem Großaufgebot an. Oder ganz schrecklich: 2012 in Karlsruhe. Bei der Zwangsräumung einer Wohnung erschoss der Bewohner fünf Menschen, darunter auch der Gerichtsvollzieher. Insgesamt nehmen die Vorfälle und Übergriffe auf Mitarbeiter der Justiz zu, sagen Interessensverbände. Einige Landesjustizministerien bestätigen das. Nur: Es gibt keine bundesweiten, verlässlichen Zahlen dazu. Nach unseren Recherchen erfassen nur acht Bundesländer Vorfälle bei Richtern, Staatsanwälten, Wachtmeistern und Gerichtsvollziehern. Dazu Sven Kersten von der Neuen Richtervereinigung.

**Sven Kersten:** Ich fordere, dass natürlich eine solche einheitliche statistische Datengrundlage aufgebaut wird, in dem die Vorfälle einheitlich erfasst werden, um dieses Phänomen identifizieren und beurteilen zu können.

**Philip Raillon:** Zu den Ländern, die das erfassen, zählen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Das Mainzer Justizministerium bekam vergangenes Jahr nur einen einzigen Vorfall gemeldet. Bis Ende August dieses Jahres waren es neun. Damit zeichnet sich ein deutlicher Anstieg zum

Vorjahr ab und ein leichter zu den Jahren davor. Deutlich mehr Vorfälle gab und gibt es in Baden-Württemberg. Vergangenes Jahr meldeten die Gerichtsvollzieher, Justizwachtmeister, Richter und Staatsanwälte 177 Vorfälle dem Stuttgarter Justizministerium. In diesem Jahr waren es allein bis Ende Juli schon 132. Darüber habe ich mit der baden-württembergischen Justizministerin Marion Gentges von der CDU am Rande einer Landtagssitzung in Stuttgart gesprochen.

Wie bewerten Sie die Situation hinsichtlich Übergriffe auf Vertreter der Justiz in Baden-Württemberg?

**Marion Gentges:** Wir müssen eine steigende Zahl an Übergriffen auf Bedienstete der Justiz feststellen, auf die Menschen, die unseren Rechtsstaat repräsentieren, analog wie digital. Und für uns stellt sich schon die Frage, wie wir die Kolleginnen und Kollegen besser schützen und sie noch besser unterstützen können?

**Philip Raillon:** Haben Sie eine Erklärung, warum diese Zahl hoch ist und vor allem, warum sie offenbar dieses Jahr sich auch, so deutet sich an, noch mal erhöhen wird im Vergleich zu den vergangenen Jahren?

**Marion Gentges:** Ich glaube, dass sich da zum einen ein allgemeiner Trend niederschlägt, der sich in zunehmender Respektlosigkeit im Umgang gerade mit staatlichen Stellen ausdrückt, vielleicht auch ein Stückweit durch, ich sage mal, digitale Medien befeuert wird, wo Hemmschwellen sich absenken.

**Philip Raillon:** Was sagt es ein Stückweit auch über unsere Gesellschaft und die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats aus, wenn auch in der Justiz diese Übergriffe zunehmen?

**Marion Gentges:** Der Rechtsstaat ist wehrhaft. Und er funktioniert. Das zu zeigen ist unsere Aufgabe, um auch in der Bevölkerung wieder deutlich zu machen, dass unsere Demokratie funktioniert, dass unser Rechtsstaat funktioniert. Das halte ich dieser Tage für entscheidend.

**Philip Raillon:** Welche Maßnahmen ergreifen Sie vielleicht auch und welche Möglichkeiten gibt es, Justizangehörige in Baden-Württemberg besser zu schützen?

**Marion Gentges:** Es gibt zahlreiche verschiedene Maßnahmen. Zum einen sind es bauliche Maßnahmen innerhalb von Gerichtsgebäuden, dass wir öffentliche und nichtöffentliche Bereiche voneinander trennen, dass wir versuchen, mehr Wachtmeisterstellen zu schaffen, mehr Wachtmeister zu beschäftigen, auch externes Sicherheitspersonal einzusetzen.

**Philip Raillon:** Würden Sie sagen angesichts dieser Zahlen, die Baden-Württemberg seit einigen Jahren erfasst, gehört es mittlerweile zur Berufsbeschreibung für Justizangehörige, Übergriffen ausgesetzt zu sein?

**Marion Gentges:** Es sollte und darf nach unserer Vorstellung nicht dazugehören, Angriffen ausgesetzt zu sein. Auch wenn man gerade im Umgang mit einer bestimmten Klientel oder im Außendienst sich, glaube ich, dieser Grundgefahr durchaus bewusst ist. Deshalb versuchen wir auch, die Kolleginnen und Kollegen darauf vorzubereiten, in der Ausbildung schon, auch in der Fortbildung, sie entsprechend zu schützen.

**Philip Raillon:** Gerade im Digitalen gibt es auch immer mehr Vorfälle. Was tut das Land, um diesen Aspekt aufzugreifen?

**Marion Gentges:** Gerade wenn man im digitalen Raum Opfer von Hass und Hetze wird, kann man sich an die entsprechende Anlaufstelle im Ministerium wenden, die einen ganz konkret unterstützt, beispielsweise auch dabei helfen kann, bestimmte Inhalte löschen zu lassen oder auch psychologische Unterstützung zu bekommen in der Verarbeitung, im Umgang mit solchen Vorfällen.

**Philip Raillon:** Schauen wir einmal auf die Gerichtsvollzieher. Die Personen, die in emotionalen Momenten an vorderster Front stehen. Was tun Sie, um diese Personen zu schützen?

**Marion Gentges:** Gerichtsvollzieher sind im Außendienst und häufig in schwierigen Situationen tätig, die auch für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger emotional sehr belastend sind, deshalb auch besonders häufig kritischen Situationen ausgesetzt. Die Gerichtsvollzieher werden schon in ihrer Ausbildung auf den Umgang mit solchen Situationen geschult, auch in Fortbildungen. Die Gerichtsvollzieher können bei der Polizei Auskunft erhalten, um einschätzen zu können, ob von einer bestimmten Person Gefahr ausgeht.

**Philip Raillon:** Aber ein Restrisiko, würden Sie sagen, bleibt auch da, was sich einfach nicht vermeiden lässt?

**Marion Gentges:** Die Situation, in der die Gerichtsvollzieher ihre Arbeit leisten, ist durch hohe Emotionalität und auch schwierige zwischenmenschliche Situation gekennzeichnet, sodass man hier, wie wahrscheinlich insgesamt, ein gewisses Restrisiko nie vollständig wird ausschließen können.

**Philip Raillon:** Sie hören den Radioreport Recht. Heute zum Thema: Nehmen Übergriffe auf Justizmitarbeiter zu? Im Interview gerade sprach Justizministerin Marion Gentges von einem Restrisiko. Diesem Restrisiko sieht sich auch Thomas Hannß bei seinem Einsatz in Denkendorf bei Stuttgart ausgesetzt. Er hat genau die von der Ministerin beschriebenen Sicherheitsmaßnahmen beansprucht: Unterstützung der Polizei und Sicherheitsweste. Der 56-Jährige wirkt auf mich ruhig, wirkt routiniert. Und doch spüre ich eine gewisse Anspannung. Eine Frau läuft während der Einsatzvorbereitungen mehrfach an uns vorbei. Das fällt ihm auf. Er will jetzt schnell los Richtung Haus und mit der Räumung beginnen. Also auf geht's!

**Thomas Hannß:** Hallo, hallo!

**Philip Raillon:** Hannß öffnet zusammen mit einem Polizisten die Tür zum kleinen Hausflur.

**Polizist:** Hallo? Ist jemand zu Hause?

**Thomas Hannß:** Hier ist der Herr Hannß vom Amtsgericht. Hallo?

**Philip Raillon:** Keine Antwort.

**Polizist:** Hallo?

**Philip Raillon:** Die beiden gehen in den Hausflur. Solche Außeneinsätze haben in der Justiz nur die Gerichtsvollzieher. Sie gelten daher als besonders gefährdet. Doch auch Justizwachtmeister an den Pforten der Gerichte müssen sich immer häufiger durchsetzen oder Sprüche und Beleidigungen über sich ergehen lassen. Die Neue Richtervereinigung nimmt außerdem ein neues Phänomen wahr, was sie alarmiert. Es gebe teils Übergriffe auf Justizangestellte im privaten Umfeld, etwa nach Dienstschluss auf dem Weg nach Hause. Oder aber an den Privatadressen. Sven Kersten von der Neuen Richtervereinigung erklärt, wie es dazu kommt.

**Sven Kersten:** Dies ist insbesondere dadurch möglich, dass jedermann Auskunft erlangen kann vom Meldeamt über private Daten, wie den vollständigen Namen oder die Privatanschrift. Und insoweit eine Verknüpfung von Amtspersonen und Privatpersonen stattfinden kann.

**Philip Raillon:** Er fordert daher eine Änderung des Meldegesetzes. Damit könnten solche Auskünfte von Privatadressen der Justizangestellten erschwert werden. Die Politik scheint teils so einer Forderung etwas abgewinnen zu können. Erstmal wird aber eine Verschärfung des Strafrechts diskutiert. Das Land Berlin hat vorgeschlagen, Nötigungen im Strafverfahren also etwa von Richtern, Staatsanwälten oder auch Zeugen härter zu bestrafen. Nach dem Vorschlag soll so eine Tat mit mindestens sechs Monaten Haftstrafe bedroht werden. Beim Thema Übergriffe auf Staatsbedienstete machen sich Politiker gerne dafür stark, die Strafen zu erhöhen, um Täter abzuhalten. Das gilt auch für Übergriffe auf Polizisten und Rettungskräfte, wie etwa Rettungssanitäter oder Feuerwehrleute. Die Frage ist nur, hat die Zahl der Übergriffe wirklich zugenommen? Und würden schärfere Strafen auch etwas bringen? Mein Kollege Jakob Thies ist dem mal nachgegangen.

**Jakob Thies:** Laut einer Studie des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung haben vor allem die Feuerwehr und Rettungskräfte zunehmend Angst, Opfer von Gewalt zu werden. Sozialpsychologe Ulrich Wagner macht für das geschwundene Sicherheitsgefühl die Politik verantwortlich.

**Ulrich Wagner:** Wenn wir immer wieder davon hören in der Politik, dass es vorgeblich zunehmende Übergriffe auf Mitglieder im öffentlichen Dienst, auf Polizeibeamte, Feuerwehr, Rettungskräfte gibt, dann werden wir sensibler für solche Dinge.

**Jakob Thies:** Aktuelle Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik Rheinland-Pfalz scheinen die gefühlte Zunahme erstmal nicht zu bestätigen. 2023 gab es 1,7 Prozent weniger Taten als noch im Vorjahr. Die Zahlen in Baden-Württemberg markieren dagegen einen neuen Höchststand: Fast 6.000 Fälle führt der aktuelle Sicherheitsbericht 2023 auf, dreht sich die Gewaltspirale also immer schneller? Raphael Behr, bis März Professor für Polizeiwissenschaften an der Hochschule der Polizei Hamburg und mittlerweile im Ruhestand, zweifelt an der Belastbarkeit der Zahlen.

**Raphael Behr:** Es gibt schlichtweg keine Referenzgröße, nach der man objektiv messen könnte, ob die Gewalthandlungen tatsächlich zunehmen und

ob die Gewalt qualitativ zunimmt. Denn es werden auch solche Handlungen als Widerstand gezählt, die passiv geschehen, also das Festhalten am Tisch, am Lenkrad zum Beispiel sind Widerstandshandlungen.

**Jakob Thies:** Gewalt sei eben nicht gleich Gewalt. Das erkennt selbst das Landesinnenministerium Baden-Württemberg, Herausgeber des aktuellen Sicherheitsberichts, an. In seinem Bericht stellt es fest, dass etwa der Oberbegriff „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“ bundesweit nicht einheitlich definiert ist. Fakt ist aber, viele erleben Beleidigungen, Bedrohungen und teils auch Übergriffe. Warum das so ist, lässt sich nicht ohne weiteres wissenschaftlich erklären, betont Kriminologe Raphael Behr. Bei vielen der zumeist männlichen und polizeibekanntes Täter sinke die Hemmschwelle, Gewalt anzuwenden. Das gelte insbesondere, wenn die Täter in Gruppen unterwegs sind.

**Raphael Behr:** Es würde von diesen niemand auf die Idee kommen, morgens um halb elf einen Pflasterstein zu nehmen und den auf ein Polizeiauto zu werfen. Wenn es aber an Silvester alle tun, fühlen sich einige tatsächlich animiert, das auch zu tun.

**Jakob Thies:** Ein häufiger Lösungsansatz der Politik, um solchen Situationen zu vorbeugen: Strafverschärfungen. Wer zum Beispiel Vollstreckungsbeamte, Polizisten und Rettungskräfte im Dienst angreift, muss seit 2017 für mindestens drei Monate ins Gefängnis. Roland Imhoff, Professor für Sozial und Rechtspsychologie an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, sieht die geforderten Straferhöhung dagegen kritisch. Die meisten Täter wüssten in dem Moment, in dem sie die Straftat begehen, überhaupt nicht, was das angedrohte Strafmaß ist. Zudem stünden sie oft unter dem Einfluss von Drogen oder psychischen Störungen. Übergriffe auf die Einsatzkräfte ließen sich daher womöglich vermeiden, wenn etwa die Polizei selbst anders auftrete.

**Roland Imhoff:** Ich glaube, in den meisten Fällen, in denen es viele Beteiligte gibt, lohnt es sich, aktiv über Deeskalationsstrategien nachzudenken, weil stark emotionalisierte Situationen stattfinden. Da kann es sinnvoll sein, vielleicht leichte Gesetzesübertretungen nicht direkt mit voller Mannschaftsstärke zu unterbinden, weil eine unübersichtliche Situation noch weiter eskaliert.

**Jakob Thies:** Hieße quasi: Über Bagatelldaten lieber mal hinweggehen, als sie konsequent durch die Polizei zu ahnden. Die These des Mainzer

Professors, eine solche großzügigere Einsatztaktik könnte die Arbeit der Einsatzkräfte wieder etwas sicherer machen.

**Philip Raillon:** Mein Kollege Jakob Thies berichtete. Strafrechtsverschärfungen bringen offenbar wenig. Wenn es also mehr Übergriffe gibt, auch auf Mitarbeiter der Justiz, müssten andere Lösungen her. Auf solche Lösungen kann Gerichtsvollzieher Thomas Hannß bei seinem Einsatz in Denkendorf bei Stuttgart nicht warten. Er ist mittlerweile durch den Hausflur durch und eine schmale Treppe zur Wohnung rauf, die er räumen soll. Ein Schlüssel steckt von außen in der Tür. Und die Wohnung ist verlassen, die Mieterin wohl schon seit einigen Wochen nicht mehr da. Thomas Hannß ist erleichtert.

**Thomas Hannß:** Man steht vor der Wohnungstür und muss mit einer Eskalation rechnen. Darauf stellt man sich auch mental ein. Man ist froh, wenn es nicht passiert. Aber es heißt nicht, dass man deswegen für weitere Räumungen immer auf der sicheren Seite ist.

**Philip Raillon:** Für diesen Tag ist sein Einsatz beendet. Doch die nächste Wohnungsräumung steht für Thomas Hannß nur zwei Tage später wieder an. Auch dann wird der Gerichtsvollzieher seine Schutzweste kurz vorher überziehen. Sicher ist sicher.

Sie hörten den Radioreport Recht. Heute zum Thema: Nehmen Übergriffe auf Justizmitarbeiter zu? Mein Name ist Philip Raillon. Danke fürs Zuhören und bis dahin.